



Antrag

der Fraktion der SPD

Planung und Sicherstellung der stationären Pflegeversorgung in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein landesweites Konzept zur langfristigen Planung und Steuerung der stationären Pflegeinfrastruktur in enger Abstimmung mit den Kommunen, den Pflegekassen, den Wohlfahrtsverbänden und privaten Trägern zu entwickeln. Hierbei ist sicherzustellen, dass ländliche Räume und strukturschwache Regionen berücksichtigt werden. Zum Konzept soll auch eine landesweite, digitale Plattform mit verfügbaren Pflege- und Kurzzeitpflegeplätzen gehören, das Bürgerinnen und Bürger, Angehörige sowie Fachstellen freie Plätze aufzeigt und einen Überblick über die Versorgungslage gibt.

Die Entwicklung innovativer Wohn- und Pflegeformen (stambulante Versorgung) sollen in das Konzept einbezogen werden, um Wahlfreiheit und Lebensqualität im Alter zu stärken.

Begründung:

Schleswig-Holstein steht in den kommenden Jahren vor großen demografischen Herausforderungen. Der Anteil älterer und pflegebedürftiger Menschen wird weiter steigen, während qualifiziertes Pflegepersonal und geeignete Pflegeeinrichtungen vielerorts knapp sind. Schon heute zeigen sich regionale Unterschiede in der stationären Versorgung, die sich ohne gezielte Planung verschärfen könnten. Immer wieder schließen Pflegeheime und Plätze fallen weg. Daher ist auch eine digitale Übersicht über freie Pflegeheimplätze notwendig, um einen Überblick über die Versorgungslage zu haben. Dies entlastet zudem Angehörige und Sozialdienste bei der Suche nach einem freien Platz.

Eine vorausschauende und landesweit abgestimmte Planung der stationären Pflegeinfrastruktur ist unerlässlich. Sie gewährleistet, dass Versorgungskapazitäten bedarfsgerecht verteilt, Ressourcen effizient eingesetzt und soziale Gerechtigkeit im Zugang zur Pflege sichergestellt werden. Mit einem strategischen Konzept kann das Land Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass pflegebedürftige Menschen auch in Zukunft wohnortnah die Betreuung und Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Birte Pauls
und Fraktion